



**20 Jahre Arbeitskreis**

Kommunaler Qualitätszirkel zur  
**Integrationspolitik**

**Policy Paper**

Integration gelingt.

# Inhalt

|                                                                                                                                      |    |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Präambel .....                                                                                                                       | 1  |
| 1. Integration erfordert eine verlässliche Angebotsstruktur für Neuzugewanderte .....                                                | 3  |
| 2. Integration gelingt durch nachhaltige Strukturen und klare Zuständigkeiten.....                                                   | 4  |
| 3. Integration erfordert gleichberechtigte Zugangs- und Teilhabechancen.....                                                         | 4  |
| 4. Integration schafft Zu(sammen)gehörigkeit und schützt das<br>demokratische Gemeinwesen .....                                      | 5  |
| 5. Integration gestaltet das Zusammenleben in Vielfalt und braucht<br>die Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Rassismen ..... | 6  |
| 6. Integration erfordert die Akzeptanz und Einhaltung klarer gesellschaftlicher Regeln .....                                         | 6  |
| 7. Integration verdient positive Narrative .....                                                                                     | 7  |
| 8. Erfolgreiche Integration zählt sich aus .....                                                                                     | 8  |
| Fazit.....                                                                                                                           | 9  |
| Endnoten.....                                                                                                                        | 11 |

# Präambel

Der Kommunale Qualitätszirkel zur Integrationspolitik ist ein Zusammenschluss kommunaler Expert\*innen, die seit 2006 im kontinuierlichen Austausch mit Vertreter\*innen aus Wissenschaft, Stiftungen, Verbänden und Bundesbehörden zentrale Gelingensbedingungen und Qualitätsstandards für die kommunale Integrationspolitik entwickeln. Die Mitglieder des Qualitätszirkels vertreten dabei ausdrücklich die kommunale Perspektive – also jene Ebene, auf der Integration konkret gestaltet und im Alltag gelebt wird.

In den 20 Jahren seiner Arbeit hat der Qualitätszirkel mehrere Expertisen mit breiter Resonanz veröffentlicht. Sie zeigen auf, wie komplex Integration ist und wie vielfältig sie in nahezu alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens hineinwirkt. Im Mittelpunkt steht dabei stets die Frage, unter welchen Bedingungen Integration in der kommunalen Praxis erfolgreich ist oder verbessert werden kann. Von Beginn an war es der Anspruch der beteiligten Kommunen, auf der Grundlage evidenzbasierter Erkenntnisse, Maßstäbe für eine zeitgemäße Integrationspolitik zu formulieren.

Der Qualitätszirkel steht für eine Integrationspolitik, die sich in Haltung, Zielsetzung und Handlungskonsequenz unseren verfassungsprägenden Grundprinzipien der Freiheit, Gleichheit und der Solidarität verpflichtet sieht.

Deutschlands gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung hängt wesentlich davon ab, ob es gelingt, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es allen hier lebenden Menschen ermöglichen, ihre Fähigkeiten bestmöglich zu entfalten und einzubringen. Gleichzeitig gilt es, die Chancen und Potenziale gesellschaftlicher Vielfalt zu erkennen und aktiv zu fördern.

Integration bedeutet in diesem Zusammenhang vor allem, gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben zu ermöglichen und Formen individueller oder kollektiver Ausgrenzung entgegenzuwirken. Denn Vielfalt ohne Chancengleichheit birgt die Gefahr wachsender sozialer und gesellschaftlicher Segregation.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl einer Gesellschaft beziehungsweise das Zugehörigkeitsgefühl des oder der Einzelnen zu einer Gesellschaft ist ein wesentlicher Gradmesser für eine erfolgreiche Integrationspolitik: Zugehörigkeit erzeugt Verantwortung. Verantwortungsübernahme setzt Teilhabe voraus. Ein Zugehörigkeitsgefühl entsteht mit der gemachten Erfahrung an Teilhabemöglichkeiten.

**Integration bedeutet** in diesem Sinnen **die Schaffung von Bedingungen gemeinsamer Gestaltung**. Integration ist daher ausdrücklich mehr als nur die Anpassungsleistungen von Zugewanderten an die Aufnahmegesellschaft. Integration bezeichnet zudem die grundsätzliche, die gesamte Gesellschaft und ihre Institutionen betreffende, Organisation und Gestaltung von Gemeinsinn in Vielfalt. Integration beschreibt einen fortlaufenden Prozess, in dem Gemeinsinn in einer sozial und kulturell vielfältigen Gesellschaft zusammen organisiert und gestaltet wird.

Eine Integrationspolitik, die sich ausschließlich auf Programme für Migrant\*innen beschränkt, kann nur begrenzte Wirkung entfalten. Erfolgreiche Integration setzt ebenso strukturelle Veränderungen und institutionelle Öffnungsprozesse voraus. Integration ist ein gesamtgesellschaftlicher Anpassungsprozess an die sich wandelnde Realität einer zunehmend heterogenen Bevölkerung.

Während sich Deutschland de facto längst zu einer Einwanderungsgesellschaft entwickelt hat und auch zukünftig auf Zuwanderung angewiesen sein wird, verlaufen die gesellschaftliche Anerkennung dieser Wirklichkeit und die Ausprägung eines entsprechenden Selbstverständnisses langsamer, mit negativen Folgen für den Aufbau notwendiger Strukturen.

Die Erstintegration von Neuzugewanderten ist seit Jahren eine kontinuierliche Aufgabe für Kommunen, jedoch ohne eine hierfür eingerichtete (kommunale) Regelaufgabe und ausreichender Infrastruktur.

Mit Blick auf die Entwicklungen der vergangenen zehn Jahre ist zu beobachten, dass sich die Akzeptanz, eine Einwanderungsgesellschaft zu sein, in Teilen der Gesellschaft sogar ins Gegenteil zu verkehren droht. Eine sachliche Auseinandersetzung über die Ursachen und Gründe für eine wachsende Ablehnung von Zuwanderung wird durch Feindseligkeit und Aggressivität in Ausdruck und Ton im öffentlichen Diskurs deutlich erschwert. Politik und Medien sind durch eine polarisierende Sprache Treiber für diese Entwicklung.

Dabei steht keinesfalls in Frage, dass sich mit der Zunahme an zuwanderungsbedingter Pluralität auch die Interessens- und Konfliktlagen in einer Gesellschaft vermehren. Folglich braucht es die Bereitschaft zur Annahme dieser Herausforderungen, durch verstärkte Aushandlungsprozesse, Multiperspektivität, Zuwachs an Vermittlungs- und Konfliktlösungskompetenzen sowie die individuelle Bereitschaft, Unterschiede aushalten und akzeptieren zu können. Dies sind dem Grunde nach genau jene Stärken, die eine demokratische Gesellschaft auszeichnen und das Wesen einer vielfältigen, weil freien Gesellschaft ausmachen. Dem Qualitätszirkel zur Integrationspolitik ist es ein wichtiges Anliegen mit

dem vorliegenden Policy Paper einen konstruktiven Beitrag zur kontemporären bundesdeutschen Migrations- und Integrationsdebatte zu leisten.

Auf Grundlage langjähriger Praxiserfahrungen formuliert das Policy Paper Empfehlungen und benennt Gelingensfaktoren von Integrationspolitik aus kommunaler Perspektive.

Die Erfahrungen aus der kommunalen Praxis zeigen deutlich: **Integration gelingt dort, wo sie strukturell ermöglicht, politisch langfristig getragen, gesellschaftlich unterstützt sowie differenziert und zukunftsorientiert dargestellt wird.**

## 1. Integration erfordert eine verlässliche Angebotsstruktur für Neuzugewanderte

Deutschland hat sich in den letzten zehn Jahren zu einem der dynamischsten Migrationsakteure weltweit entwickelt und steht an Platz zwei hinter den USA bei den absoluten Migrationszahlen. Auch bei der Aufnahme von Geflüchteten ist Deutschland seit einem Jahrzehnt unter den Top-5-Ländern.<sup>1</sup> Eine verlässliche Angebotsstruktur ist zentral für gelingende Integrationsprozesse. Verlässliche Angebotsstruktur bedeutet: Ein aufeinander abgestimmtes, zugängliches und qualitativ hochwertiges System von Unterstützungs- und Bildungsangeboten liegt vor. Diese Angebote begleiten Neuzugewanderte kontinuierlich, planbar, transparent und bedarfsgerecht auf ihrem Weg zur gesellschaftlichen Teilhabe und schaffen dadurch Vertrauen. Gleichzeitig wird vorausgesetzt, dass Neuzugewanderte dieses Vertrauen annehmen, sich aktiv einbringen und die gebotenen Chancen zur persönlichen und gesellschaftlichen Teilhabe aktiv nutzen. Integration ist demnach ein gesamtgesellschaftlicher Prozess, bei dem alle Menschen Verantwortung tragen. Die zentralen Säulen der Angebotsstruktur umfassen unterschiedliche Lebensbereiche.

**Deutschspracherwerb:** Flächendeckende, altersgerechte Deutschkurse (Integrations- sowie berufsbezogene Sprachförderung) sind der Schlüssel zu Kommunikation, Bildung und zum Arbeitsmarkt. Verlässlichkeit durch kurze Wartezeiten und wo notwendig Kinderbetreuung ist dabei entscheidend.

**Arbeitsmarktintegration:** Erwerbstätigkeit sichert den Lebensunterhalt und fördert soziale Integration. Die Unterstützung (Neu-)Zugewanderter bei der Anerkennung ihrer Qualifikationen, der Jobsuche und der Weiterbildung erfolgt durch klare Ansprache und Ansprechpartner\*innen, die die Rahmenbedingungen und Folgen von Migration einordnen

und die dadurch entstandenen Ungleichheiten mindern.

**Soziale Orientierung und Teilhabe:** Erstorientierung im neuen Wohnumfeld, qualifizierte Migrationsberatung, Lots\*innen oder Patenschaften sowie niedrigschwelliger Zugang zu Vereinen, Religionsgemeinschaften oder kulturellen Angeboten helfen (Neu-)Zugewanderten die Regeln zu verstehen, Kontakte zu knüpfen und soziale Netzwerke aufzubauen.

**Wohnen:** Die Wohnungsmärkte in allen urbanen Regionen Deutschlands sind enorm angespannt. Darüber hinaus sind die Voraussetzungen für ein Mietverhältnis für (Neu-)Zugewanderte unübersichtlich. Niedrigschwellige, begleitende Unterstützung und Beratung bei der Wohnungssuche erleichtern erheblich das Ankommen im neuen Wohnumfeld.

**Gesundheitliche Grundversorgung:** Zugang zu Gesundheits- und Sozialsystemen durch faire, transparente Prozesse schafft Sicherheit, Stabilität und Zufriedenheit.

**Bildung und Ausbildung (Kinder/Jugendliche):** Schnelle Einschulung, Deutschsprachförderung und psychosoziale Unterstützung sind Grundlagen für zukünftige Chancen und die Integration der nächsten Generation.

Eine solche Struktur schafft Vertrauen, ist effizient, ressourcenschonend, verhindert Parallelgesellschaften, fördert Chancengleichheit und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Potenziale können sich entfalten und werden genutzt.

Diese Investition ist entscheidend für, soziale und wirtschaftliche Stabilität sowie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und Frieden.

## **Herausforderungen und Debatten:**

### **Das Idealbild in der Realität**

Während eine umfassende Angebotsstruktur als Idealbild für eine gelingende Integration dient, stellen sich in der politischen und gesellschaftlichen Realität mit knappen Ressourcen und Sparzwängen erhebliche Herausforderungen. Die Umsetzung eines solchen ganzheitlichen Ansatzes ist naturgemäß ressourcenintensiv und führt zu grundlegenden Debatten über die Finanzierung und Priorisierung von Integration.

Gerade in Deutschland kommen zwei weitere, grundlegende Herausforderungen hinzu: Wir sind de facto eine Einwanderungsgesellschaft, agieren jedoch oft noch ohne das notwendige Selbstverständnis und eine kohärente, vorausschauende Planung für nachhaltige Einwanderungsstrukturen. Das mangelnde Selbstverständnis bremst den Ausbau notwendiger Strukturen und diese strukturelle Lücke erschwert die strategische Planung und die notwendige Finanzierung eines ganzheitlichen Ansatzes erheblich.

Diese Situation erfordert ein Umdenken: Integration muss als langfristige Zukunftsinvestition für das Wohl der gesamten Gesellschaft verstanden werden. Die Erfahrungen mit der sog. Gastarbeitergeneration hat gezeigt, dass das Ausbleiben von Integrationsangeboten weitreichende Folgen nach sich zieht, die wir z.T. bis heute spüren. Daher müssen wir eine proaktive Strategie entwickeln, die den Bedürfnissen einer modernen Einwanderungsgesellschaft gerecht wird. Hierzu braucht es ein klares Bekenntnis zu Deutschland als Einwanderungsland.

## **2. Integration gelingt durch nachhaltige Strukturen und klare Zuständigkeiten**

Klare gesetzliche Rahmenbedingungen, finanzielle Planungssicherheit sowie ein kohärentes, abgestimmtes und weitgehend partnerschaftliches Zusammenwirken von Bund, Ländern und Kommunen befördern eine erfolgreiche Integrationsarbeit vor Ort.<sup>2</sup> Dort, wo Integrationspolitik strategisch verankert ist – etwa durch Integrationskonzepte, Koordinierungsstellen und ressortübergreifende, dauerhafte Zusammenarbeit – entstehen nachhaltige Erfolge.<sup>3</sup>

Migration und Integration sind und bleiben weiterhin treibende Faktoren für soziale und gesellschaftliche Veränderungen in den Kommunen. Mit der Anerkennung der Integrationsarbeit als Pflichtaufgabe, der Festlegung von Standards und der Bereitstellung ausreichender finanzieller und personeller Ressourcen für die Integrationsarbeit kann die Nachhaltigkeit der in den letzten Jahrzehnten gewachsenen Strukturen gesichert und mit Blick auf die Zukunft für Kontinuität gesorgt werden.<sup>4</sup>

## **3. Integration erfordert gleichberechtigte Zugangs- und Teilhabechancen**

Gerechtigkeit und Chancengleichheit sind tragende Fundamente einer friedlichen und solidarisches Gesellschaft. Für eine solche Gesellschaft sind dauerhafte Anstrengungen zur Schaffung gleichberechtigter Zugangs- und Teilhabechancen unerlässlich.

Kommunen sind der Ort, an dem Teilhabe praktisch erlebt und gelebt und Zugänge ermöglicht oder verhindert werden. Deshalb sind Vielfaltskompetenz und Offenheit entscheidend. Sie

müssen das Selbstverständnis kommunaler Verwaltung prägen: Die Stärke einer modernen Verwaltung bemisst sich an einem bedarfsgerechten Dienstleistungsangebot für alle Einwohner\*innen sowie an deren Servicezufriedenheit. Die Berücksichtigung diversitätssensibler Aspekte gilt für alle Bereiche der Verwaltung. Besondere Bedeutung gewinnt die migrationsgesellschaftliche Öffnung der Kommune bei den Dienstleistungen, bezogen auf die Erreichbarkeit der Migrant\*innen und deren Zugang zu Angeboten und Dienstleistungen der Verwaltung, die Informationsvermittlung, die Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit von Verwaltungshandeln sowie das Eingebundensein in Entscheidungen. Nicht zuletzt bezeichnet Diversitätssensibilität auch die respektvolle Haltung gegenüber den unterschiedlichen Lebensentwürfen und Lebenswirklichkeiten von Einwohner\*innen. Sie ermöglicht die Befähigung des divers zusammengesetzten Personals, unterschiedliche Deutungsmuster, Wahrnehmungsunterschiede und Verhaltensorientierungen zu erkennen sowie kund\*innen- und lösungsorientiert damit umzugehen. Migrationsgesellschaftliche Öffnung bedeutet aber auch Mitsprache und Mitgestaltung von Zugewanderten an den kommunalen Veränderungsprozessen, die durch offene und transparente Zugänge zu politischen Gremien und Entscheidungen ermöglicht werden und eine angemessene Repräsentation in den Institutionen des Staates. Das heißt, nicht nur Zugang zu den Angeboten der Verwaltung, sondern auch Zugang zur Verwaltung selbst.

#### 4. Integration schafft

##### Zu(sammen)gehörigkeit und schützt das demokratische Gemeinwesen

Eine gut funktionierende Stadtgesellschaft, intakte Infrastruktur, gute Bildung, gesundes Klima, ausreichend Freiraum: Das sind gemeinsame Ziele, die es vor Ort in den Städten und Gemeinden zu gestalten gilt. Dort, wo gemeinsame Verantwortung für diese Ziele definiert, zur Zielerreichung gemeinsame Schritte getan und die erreichten Erfolge miteinander gefeiert werden, treten Unterschiede in den Hintergrund: Das trägt dazu bei, dass Integration gelingt. Die Herausforderung für politische Akteure und für Verwaltung ist, Teilhabe in Vielfalt zu ermöglichen und zu organisieren. Kommunale Integrationsbeauftragte bringen die verschiedenen Perspektiven zusammen, verbinden Menschen aus unterschiedlichen Lebensrealitäten und organisieren Aushandlungsprozesse. Dies geschieht vor Ort durch Dialogforen, Förderprogramme, interkulturelle Begegnungen, Transparenz über Entscheidungswege und Teilhabe an demokratischen Aushandlungsprozessen. Dabei sind Begegnung, Austausch und Teilhabe keine Selbstläufer, sondern sie müssen immer wieder neu definiert, organisiert und praktiziert werden. Migrant\*innenselbstorganisationen, aber auch nicht-organisierte Communities sind dabei wichtige Verbündete. Sie brauchen Förderung und Unterstützung. Sie prägen die kulturelle Vielfalt und übernehmen eine relevante Rolle – insbesondere bei der Erstintegration – als Multiplikatorinnen, Vermittlerinnen, Brückenbauerinnen. Dieses integrative Potenzial gilt es, im Sinne des Subsidiaritätsprinzips, beständig weiterzuentwickeln und zu stärken.

Verstärkt versuchen autokratische und autoritäre Regime aus den Herkunftsländern auf die Communities in der Diaspora Einfluss zu nehmen und

damit die Gesellschaft zu destabilisieren. Deshalb ist es umso wichtiger, durch Anerkennung, wertschätzende Kommunikation und Bildungsangebote Bindungen und Zugehörigkeit zu schaffen und durch soziale sowie gesellschaftliche Teilhabe die Erfahrung der Eigen-Wirksamkeit in Deutschland und der Zugehörigkeit zu Deutschland zu ermöglichen.

### 5. Integration gestaltet das Zusammenleben in Vielfalt und braucht die Auseinandersetzung mit Diskriminierung und Rassismen

Die Auseinandersetzung mit und die Sensibilisierung zu unterschiedlichen Formen von Rassismus und Diskriminierung als Querschnittsaufgabe ist Grundlage für eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen: Diskriminierungserfahrungen prägen Betroffene und können dazu führen, dass sie nicht am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, Orte meiden oder sich zurückziehen. Um nachhaltig Integration und Zusammenleben in Vielfalt zu fördern und Benachteiligungen abzubauen, sind Sensibilisierung und Bildungsarbeit zu Antirassismus- und Antidiskriminierung – auch mit Blick auf Verwaltungsstrukturen und Routinen – sowie eine strukturelle Verankerung von Beratung und die Stärkung von Betroffenen unabdingbar.

Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit schafft zudem Angebote und Räume, in denen Menschen aus vielfältigen Lebensrealitäten zusammenkommen und durch Kennenlernen und Austausch neue (Zukunfts-)Perspektiven entstehen. Das Sichtbarmachen vielfältiger Perspektiven festigt die Selbstwirksamkeitserfahrung und vermittelt Menschen ein starkes Zugehörigkeitsgefühl.

### 6. Integration erfordert die Akzeptanz und Einhaltung klarer gesellschaftlicher Regeln

Wichtiges Anliegen der kommunalen Integration ist es ausdrücklich, auch jene Entwicklungen und Prozesse in den Blick zu nehmen, die gesellschaftliche Integration hemmen, stören oder dieser entgegenwirken. Deshalb ist es wichtig, konsequent zu handeln, wenn gegen Gesetze oder gegen Regeln des respektvollen und gleichberechtigten Umgangs miteinander verstoßen wird. Das setzt Klarheit und einen Konsens darüber voraus, wo die Grenzen eines Individuums liegen. Polizei, Behörden und Justiz müssen ausreichend ausgestattet und geschult sein, damit sie in der Lage sind, gesetzliche Regeln durchzusetzen, ohne dabei zu diskriminieren. Die individuelle Freiheit ist der zentrale Wert der demokratischen Gesellschaftsordnung. Der Schutz der Person und ihrer Würde stellt die Grenze dar, die von niemandem überschritten werden darf. Der Gültigkeit und dem Konsens über dieses Grundprinzip von Freiheit ist nicht zuletzt durch staatliches Handeln Geltung zu verschaffen. Mehr noch ist die Akzeptanz dieses Grundprinzips für alle und von allen in unserer Gesellschaft einzufordern. Herkunft, kulturelle oder religiöse Traditionen schaffen hierbei weder Ausnahmen, noch erlauben sie Herabsetzung oder Diskriminierung von Menschen.

Diversität und vielfältige Lebensführungen, unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse bedeuten ein erhebliches Konfliktpotenzial. Gerade in pluralen demokratischen Gesellschaften sind Konfliktfähigkeit und Lösungskompetenzen gefragt. Im Grunde sind dies unverzichtbare Sozialkompetenzen, die nicht früh genug vermittelt werden können. Aushandlungsprozesse gehören zu Einwanderungsgesellschaften inhärent dazu. Demokratisches Zusammenleben erfordert das mühsam ringen Wollen um Lösungen.

In den migrationsbedingt vielfältigen Kommunen wirken sich globale Krisen und Konflikte oft direkt auf das Zusammenleben vor Ort aus. Integration bedeutet deshalb auch, dass sich alle Beteiligten darauf verständigen, dass diese Konflikte hier nicht gelöst werden können. Stattdessen kann aber von hier ein Beispiel gegeben werden, wie Konflikte deeskaliert und ein friedliches, gewaltfreies Zusammenleben in gegenseitigem Respekt gestaltet werden kann.

## 7. Integration verdient positive Narrative

Migration ist ein wesentlicher Teil deutscher Geschichte. Das alltägliche Zusammenleben in einer durch Migration geprägten vielfältigen Gesellschaft ist Normalität im Einwanderungsland Deutschland.<sup>5</sup> Diese Tatsache zu begreifen und zu erzählen sowie (post)migrantische Perspektiven in die allgemeine, kollektive Erinnerungskultur mit einzubeziehen, ist essenziell. Die 20jährige Erfahrung des Qualitätszirkels zeigt deutlich, wie wichtig selbstbewusste Narrative über Migration und Vielfalt sind, in denen alle Menschen sichtbar sind und als aktive Beteiligte verstanden werden. Dazu gehört auch die Anerkennung des Flüchtlingschutz als öffentliche Verantwortung. Wenn das vor Ort in der Kommune gelingt, können gemeinsame Ziele stärker in den Vordergrund rücken. Dadurch wird auch der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt. Die deutsche Migrationsgeschichte erweist sich im Alltag als gelungen.<sup>6</sup> Umso befremdlicher ist es, dass diese positive Realität derzeit auf Bundesebene weder sichtbar gemacht noch in ein würdigendes Narrativ umgesetzt wird.

Die kommunalen Erfahrungen zeigen: Die Art und Weise, wie über Migration und Integration gesprochen und berichtet wird, prägt das Denken und Handeln und damit die (Lebens-)Wirklichkeit

der Gesellschaft.<sup>7</sup> Die Debatte um Migration und Integration, die sich in den letzten zwei Jahren spürbar zugespitzt hat, wird emotional, migrationsfeindlich, hetzerisch und kaum faktenbasiert geführt. Das führt zur Verschiebung der Grenze des Sagbaren, Abschreckung und Generalverdacht gegenüber Migrant\*innen sowie zur Verunsicherung und Angst in der Bevölkerung.<sup>8</sup>

Dieses feindliche Klima verstärkt Vorbehalte und Rassismus.<sup>9</sup> Die Folgen sind schwerwiegend: Menschen mit Zuwanderungsgeschichte verlieren das Vertrauen in die Systeme und in die Gesellschaft, Ehrenamtliche ziehen sich aus ihrem Engagement zurück, Worten folgen Taten und die Gewalt nimmt zu. Zusätzlich werden auf Bundesebene Ressourcen für Scheinlösungen statt für langfristige Strategien eingesetzt. Konkrete Probleme, wie fehlende psychosoziale Versorgung, mangelnde Integrationsstrukturen, fehlender Wohnraum, unzureichend ausgestattete Bildungssysteme und ineffiziente Asyl- und Verwaltungsverfahren werden dadurch nicht gelöst.<sup>10</sup> Der Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit auf Migration als Problem trägt zu einer Verrohung des politischen Diskurses bei.

Es ist daher essenziell auch über die kommunale Ebene hinaus eine Geschichte über Migration und Integration zu erzählen, die Potentiale sowie Kompetenzen betont, den Schutz von Geflüchteten als Wert schätzt und Vielfalt als konstitutives Element unserer Demokratie in den Vordergrund stellt. Ein solch mutiger, von Respekt und Anerkennung getragener Diskurs ermöglicht es in der Folge, auch schwierige Sachverhalte konstruktiv anzusprechen und Konflikten mit gegenseitiger Wertschätzung zu begegnen. Dies gilt für Rassismuserfahrungen wie auch für Integrationsdefizite.

## 8. Erfolgreiche Integration zahlt sich aus

Alle oben beschriebenen Investitionen in Integration erfordern zeitliche, finanzielle und personelle Ressourcen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Unterbringung und Versorgung Geflüchteter in den Kommunen in den letzten zehn Jahren. Aufgrund der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Debatten sind an dieser Stelle einige Aspekte zum fiskalischem und gesellschaftlichen Nutzen angebracht.

Das Potential einer jeden Gesellschaft ist ihre Bevölkerung. Ein zukunftsfähiges Deutschland benötigt Zuwanderung und Investitionen in Integration. Zugleich sind Flüchtlingsaufnahme, -schutz und -versorgung ein öffentliches Gut, das zu den Errungenschaften demokratischer offener Gesellschaften gehört. Die Kommunen haben hier an einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe in großem Umfang mitgewirkt.

Gesamtgesellschaftlich und ökonomisch gesehen ist die Investition in Integration ein Gewinn.<sup>11</sup> Eine rein ökonomische Betrachtung greift, wie bereits bei den Anwerbeabkommen für Gastarbeiter, allerdings zu kurz. Wie eng betriebs- und volkswirtschaftliche, soziale, individuelle, gesundheitliche und demokratische Kosten miteinander verflochten sind, zeigt sich heute exemplarisch, wenn ausgebildete Pflegekräfte durch die zuständige Ausländerbehörde (längere Zeit) keine Arbeitserlaubnis erhalten.

Kommunen erleben, dass Zugewanderte nicht nur Unterstützung benötigen, sondern aktiv zur sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung beitragen. Vorhandene Potentiale wie Mehrsprachigkeit zu nutzen ist, neben wirtschaftlicher Wertschöpfung in einer globalisierten Welt, auch Wertschätzung. Diese Effekte sind langfristig sichtbar

und empirisch belegbar. Integration zeigt sich dort, wo Menschen ankommen und teilhaben durch: Steigende Bildungsabschlüsse von Kindern mit Migrationsgeschichte, wachsende Erwerbstätigkeit und Unternehmensgründungen sowie stabile Nachbarschaften und aktive Beteiligungen am Gemeinwesen. Die Erfahrungen aus den Kommunen zeigen: Jeder Euro in frühe Förderung reduziert spätere soziale Folgekosten und stärkt individuelle Selbstständigkeit sowie gesellschaftlichen Zusammenhalt.

## Fazit

# Deutschland kann Integration!

Die Erfahrungen des Qualitätszirkels der letzten 20 Jahre zeigen, dass eine Weiterentwicklung der bestehenden Integrationspolitik von großer Bedeutung ist. Denn Migration ist kein Ausnahmezustand und Integration kein zeitlich begrenztes Sondervorhaben, sondern eine dauerhafte gesellschaftliche Gestaltungsaufgabe, deren Erfolg maßgeblich von strukturellen, politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen abhängt. Das vorliegende Policy Paper verdeutlicht, dass Integration dort nachhaltig gelingt, wo sie frühzeitig ansetzt, verlässlich finanziert ist, koordiniert umgesetzt wird und auf einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz beruht. Zentrale Leitprinzipien erfolgreicher Integrationspolitik sind dabei Anerkennung, Teilhabe und Chancengerechtigkeit.

Die Entwicklungen der vergangenen zwei Jahrzehnte zeigen, dass Deutschland über diese tragfähigen Strukturen, Erfahrungen und Kompetenzen im Bereich der Integration verfügt. Diese zu nutzen und weiterzuentwickeln ist auch angesichts gesellschaftlicher und demografischer Veränderungen eine zentrale politische und gesellschaftliche Aufgabe. Zudem ist es dringend erforderlich, zu einer evidenzbasierten und zukunftsorientierten Kommunikation über Migration und Integration zu kommen. Die genannten Punkte zeigen, dass Migration ein konstitutiver Bestandteil der deutschen Geschichte ist und wesentlich zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung des Landes beiträgt. Ein zukunftsorientiertes Narrativ über Migration stärkt

das Vertrauen zwischen den Menschen sowie in staatliche und zivilgesellschaftliche Institutionen, festigt das demokratische Zusammenleben und sichert die Attraktivität Deutschlands als demokratisches, offenes und leistungsfähiges Einwanderungsland, insbesondere im internationalen Wettbewerb um Fach- und Arbeitskräfte.

Der Kommunale Qualitätszirkel zur Integrationspolitik fordert alle, die Verantwortung tragen, dazu auf die Herausforderungen zu benennen und beherzt anzugehen, sowie sich für ein abgestimmtes Zusammenwirken der politischen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen einzusetzen. Kommunen nehmen als zentrale Orte des alltäglichen Zusammenlebens eine Schlüsselrolle in der Integrationsarbeit ein, benötigen hierfür gleichzeitig langfristig gesicherte Ressourcen und Handlungsspielräume. Ebenso essenziell ist die aktive Einbindung von Migrant\*innenselbstorganisationen, da sie als Brückenbauerinnen zwischen Institutionen und Zivilgesellschaft fungieren und zur Stärkung sozialer Kohäsion beitragen. Eine konsequente Diskriminierungs- und rassistisch-kritische Ausrichtung ist dabei eine grundlegende Voraussetzung für zukunftsfähigen Integrationspolitik.

Im gemeinsamen Tun entsteht Vertrauen in die freiheitlich-demokratische Gesellschaft. Dieses Vertrauen bildet eine unverzichtbare Grundlage für deren Fortbestehen und Weiterentwicklung. Wir setzen auf die Bereitschaft, Integrationsprozesse gemeinsam, wertschätzend, zukunftsorientiert und verantwortungsvoll zu gestalten. Zugleich mahnen wir vor Kürzungen im Integrationsbereich und weisen darauf hin, dass Deutschland als Einwanderungsland auch passende Einwanderungsstrukturen und ein entsprechendes Selbstverständnis braucht. Zur Verbesserung der Strukturen empfehlen wir eine stärkere Einbin-

derung der Expertise kommunaler Integrationsbeauftragter bei Förderprogrammen und Gesetzen auf Bundes- und Landesebene sowie die Verortung von Integration als kommunale Pflichtaufgabe.

So können sich die Kommunen auch zukünftig zu stabilen, vielfältigen und zukunftsfähigen Orten weiterentwickeln.

# Endnoten

- 1 Laiadhi, Ina: „Interview mit Prof. Dr. Naika Foroutan. Migration wird zur umkämpften Ressource.“ In: Taschenspiegel, August 2025.  
URL: <https://taschenspiegel.es/blog/interview-mit-prof-dr-naika-foroutan>  
(abgerufen am 2.4.2026)  
  
OECD: Stand der Integration von Eingewanderten: Deutschland, OECD Publishing, Paris 2024.  
URL: [https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/topics/policy-issues/migration/Immigrant%20Integration%20Germany\\_de.pdf](https://www.oecd.org/content/dam/oecd/en/topics/policy-issues/migration/Immigrant%20Integration%20Germany_de.pdf) (abgerufen 2.4.2026)
- 2 Sachverständigenrat für Integration und Migration: Jahresgutachten 2025. Reformen, die wirken? Die Umsetzung von aktuellen Migrations- und Integrationsgesetzen. 2025.  
URL: [https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2025/06/Jahresgutachten-2025\\_barrierefrei.pdf](https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2025/06/Jahresgutachten-2025_barrierefrei.pdf)  
(abgerufen am 12.03.26)
- 3 Ratzmann, Nora; Zeković, Denis; Blunert, Janin; Kokonowskyj, Larissa und Nowicka, Magdalena: „Chancen statt ‚Krise‘: Resiliente Kommunen im Kontext von Migration, Integration und Teilhabe.“ Abschlussbericht, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) 2024.  
URL: [https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2024-09/DeZIM\\_Forschungsbericht\\_Resiliente%20Kommunen%2009.2024.pdf](https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf/2024-09/DeZIM_Forschungsbericht_Resiliente%20Kommunen%2009.2024.pdf)  
(abgerufen am 2.4.2026)
- 4 Kuehn, Boris; Schammann, Hannes; Bendel, Petra: Integration als Pflichtaufgabe: Holzweg oder Königsweg zu krisenfesten kommunalen Strukturen? Universität Hildesheim; Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg 2024.  
URL: [https://www.uni-hildesheim.de/media/fb1/sozialwissenschaften/Publikationen/Publikationen\\_NEU/Kuehn-Schammann-Bendel\\_Integration-als-Pflichtaufgabe.pdf](https://www.uni-hildesheim.de/media/fb1/sozialwissenschaften/Publikationen/Publikationen_NEU/Kuehn-Schammann-Bendel_Integration-als-Pflichtaufgabe.pdf)  
(abgerufen am 2.4.2026)
- 5 Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration: Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft. Ein wissenschaftsbasierter und indikatorengestützter Lagebericht zum Stand der Integration in Deutschland – 14. Integrationsbericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. (Berlin 2024)
- 6 Plamper, Jan: Das neue Wir. Warum Migration dazugehört: Eine andere Geschichte der Deutschen (Frankfurt am Main 2019).  
  
Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft. Ein wissenschaftsbasierter und indikatorengestützter Lagebericht zum Stand der Integration in Deutschland – 14. Integrationsbericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Berlin 2024).
- 7 Mau, Steffen; Lux, Thomas; Westheuser, Linus: Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft (Berlin 2023).
- 8 Zajak, Sabrina; Best, Fabio; Pickel, Gert; Quent, Matthias; Römer, Friederike, Steinhilper, Elias; Zick, Andreas: Ablehnung, Angst und Abwanderungspläne. Die gesellschaftlichen Folgen des Aufstiegs der AfD. DeZIM Data.insights 14, Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) 2024.

- 9 „Die Debatte sei aus demokratiepolitischen und menschenrechtlichen Gründen höchst problematisch. Sie zeige auch, dass Gesellschaft und Politik weder einen souveränen Umgang mit Migration noch mit Rechtsextremismus und Rassismus gefunden haben, so [Rechtsextremismusforscher Matthias] Quent.“ In: Tagesschau (2025, 28.1.) Asyldebatte mit Schiefelage (tagesschau.de)  
URL: <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/migration-asyl-verschaerfungen-100.html>  
(abgerufen am 2.4.2026)

- 10 Steffen Mau spricht über „Polarisierungsunternehmer“ und das Phänomen „disruptive Opposition“.  
Mau, Steffen; Lux, Thomas; Westheuser, Linus: Triggerpunkte: Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft (Berlin 2023).

- 11 Fratzscher, Marcel: Migranten sind kein finanzieller Verlust für Deutschland.  
DIW Berlin 2024.  
URL: [https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.890298.de/nachrichten/migranten\\_sind\\_kein\\_finanzieller\\_verlust\\_fuer\\_deutschland.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.890298.de/nachrichten/migranten_sind_kein_finanzieller_verlust_fuer_deutschland.html) (abgerufen am 2.4.2026)

Röbler, Hans-Christian: Wo Migranten die Wirtschaft beleben. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung. (27.02.2026)

Dass sich die Investition in Integration lohnt, weisen einschlägige Studien insbesondere mit Blick auf Spracherwerb und Arbeitsmarktteilhabe nach:

Lokalstudie aus Münster: Köhnke, Jochen; Nover, Stephan: Social Return on Investment (SROI) – Messmethodik, um gesellschaftliche Renditen öffentlicher Investitionen darzustellen (2009).

Prof. Martin Werding spricht von einer jährlichen Entlastung des Staatshaushalts um 7.100 Euro pro Person in: Werding, Martin: Migration und ihr Beitrag zum Staatshaushalt. Mediendienst Integration 2025.  
URL: [https://mediendienst-integration.de/fileadmin/user\\_upload/Expertisen/Expertise\\_Werding\\_Kosten\\_Einnahmen\\_Migration\\_Beitrag\\_Staatshaushalt\\_Mediendienst.pdf](https://mediendienst-integration.de/fileadmin/user_upload/Expertisen/Expertise_Werding_Kosten_Einnahmen_Migration_Beitrag_Staatshaushalt_Mediendienst.pdf)  
(abgerufen am 2.4.2026)

Zu Integration: OECD/European Commission: Indikatoren der Integration von Zugewanderten 2023: Settling In, OECD Publishing (Paris, 2023).

Auch die hohen volkswirtschaftlichen Kosten bei unzureichender Integration sind wissenschaftlich dargelegt: Fritschi, Tobias; Jann, Ben: Gesellschaftliche Kosten unzureichender Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in Deutschland: welche gesellschaftlichen Kosten entstehen, wenn Integration nicht gelingt? Gütersloh: Bertelsmann Stiftung; Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS AG 2008. URL <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-429007>  
(abgerufen am 2.4.2026)

---

Herausgeberin. Landeshauptstadt Stuttgart, Abteilung Integrationspolitik in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Kommunalen Qualitätszirkels zur Integrationspolitik  
Redaktion: Ayşe Özbabacan, Kevin Gurka, Dr. Dominique Gillebeert, Claus Preißler,  
Luigi Masala, Antje Herbst, Aliz Müller, Sybille Haußmann  
Kontakt: sip@stuttgart.de  
Stand: Mai 2026

Der bundesweite Arbeitskreis Kommunalen Qualitätszirkel zur Integrationspolitik ist ein Zusammenschluss aus über 33 Kommunen und Landkreisen, von Fachleuten aus Bundesbehörden und anderen überregionalen Einrichtungen und Gremien sowie aus Stiftungen und Forschung.

Der Kommunale Qualitätszirkel tagt zweimal pro Jahr zu aktuellen und langfristigen integrationspolitischen Themen. Der kollegiale und kritische Diskurs mit Einbindung der Wissenschaft bildet die Grundlage für die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen zur Integrationsarbeit, die sich an weitere Städte und Landkreise richten.

